Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pf., mit Trägerlohn 70 Pf.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 29. März 1889. Nr. 149.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

44. Plenarsitzung vom 28. März.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministertische: von Lucius, Herrfurth und Kommissare.

Die Novelle zu dem Reliktengesetz für Elementarlehrer passirt ohne Diskussion die dritte Lesung; der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Konsolidationsgesetzes wird durch Kenntnißnahme erledigt erklärt und der Staatsschuldenkommission bezüglich ihres Berichts pro 1887—88 die Decharge ertheilt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Beseitigung der durch die Hochwasser im Sommer des Jahres 1888 herbeigeführten Verheerungen.

Die Budgetkommission beantragt die unveränderte Annahme des Gesetzes.

Der einzige Paragraph des Entwurfs bestimmt: „Das Gesetz vom 13. Mai 1888, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Frühjahr 1888 herbeigeführten Verheerungen wird auf Beseitigung derjenigen Verheerungen ausgedehnt, welche durch die Hochwasser im Sommer des Jahres 1888 herbeigeführt worden sind."

Abg. Graf Clairon d'Haussonville (kons.) und Gen. beantragen, dem Paragraphen folgenden Zusatz zu geben: „jedoch mit der Maßgabe, daß die Bewilligung nach § 1 Nr. 1c des genannten Gesetzes auch zu nothwendigen Flußregulirungen erfolgen kann."

Abg. v. Kölichen (kons.) rechtfertigte diesen Antrag, der nur bestimmt sei, einen großen Theil der Bedenken zu beseitigen, welche von dem schlesischen Provinziallandtag gegen diese Vorlage geltend gemacht seien.

Abg. Burghardt-Lauban (natlib.) empfiehlt gleichfalls die Annahme dieses Antrages.

Abg. Dr. Ritter (freikons.) erklärt sich dagegen, weil der Antrag aus dem Rahmen des vorliegenden Gesetzes hinausgehe und weil die nach dem Gesetze disponiblen Mittel nicht ausreichen dürften, noch andere Zwecke zu verfolgen.

Abg. v. Rauchhaupt (kons.) ist ebenfalls gegen den Antrag, weil ein Gesetz, betreffend die Flußregulirung, von der Staatsregierung in Aussicht gestellt sei und bei diesem die nothwendigen Bewilligungen erfolgen würden. Uebrigens breche sich die Ueberzeugung immer mehr Bahn, daß durch Flußregulirungen nicht ausreichende Hülfe geschaffen werden könne, man müsse vielmehr auch die neuesten Erfahrungen zu Rathe ziehen.

Abg. v. Huene (Zentr.) erkennt an, daß der Antrag des Grafen d'Haussonville zu weit gehe und schlägt deshalb folgende Vermittelungsfassung vor, wodurch die Bedenken der Gegner beseitigt würden: „jedoch mit der Maßgabe, daß die Bewilligung nach § 1 Nr. 1c des genannten Gesetzes auch zu Flußregulirungen erfolgen kann, welche in Verbindung mit den daselbst angeführten Maßregeln als nothwendig sich ergeben."

Minister der Landwirthschaft v. Lucius hält den Standpunkt des Abg. v. Rauchhaupt für vollständig korrekt und ist daher nicht in der Lage, die Annahme des Antrages befürworten zu können. Er habe schon früher den Standpunkt vertreten, daß die im Gesetze bewilligten Mittel auch zu Verbesserungen an Flußläufen verwendet werden können. Es sei aber etatsmäßig ungewöhnlich, der Regierung eine solche Vollmacht, wie hier beantragt, zu geben, und könne er daher nur die Ablehnung des Antrages, auch des modifizirten und die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage empfehlen.

Abg. Dr. Avenarius (natlib.) führt aus seiner Erfahrung als Richter an, daß die durch Hochwasser hervorgerufenen Nothstände des kleinen Mannes namentlich in dem Mangel des Kredits beruhten und daß nach dieser Richtung hin Hülfe geschafft werden müßte. Im Uebrigen befürwortet er den Antrag v. Huene.

Abg. Graf d'Haussonville erklärt, daß auch sein Antrag nichts weiter bezwecke, als die Regulirung derjenigen Flüsse, auf welche das Gesetz vom Jahre 1888 sich beziehe. Da der Antrag von Huene denselben Zweck verfolge, so ziehe er den seinigen zu Gunsten desselben zurück.

Hierauf wird der Gesetzentwurf mit dem Antrag v. Huene angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend den Erlaß oder die Ermäßigung der Grundsteuer in Folge von Ueberschwemmungen.

Nach der Vorlage soll der Finanzminister ermächtigt werden, die Grundsteuer in Folge von Ueberschwemmungen für ein oder mehrere Jahre ganz oder theilweise zu erlassen, ebenso Liegenschaften aus dem angegebenen Grunde in eine geringere Klasse des maßgebenden Klassifikationstarifs zu versetzen.

Die Agrarkommission empfiehlt die Annahme des Gesetzes mit einer geringen redaktionellen Aenderung.

Abg. Drawe (freis.) beantragt hierzu, die Worte „der Finanzminister wird ermächtigt" zu streichen und einen § 2 hinzuzufügen, welcher bestimmt, daß über Anträge auf Erlaß ꝛc. der Kreis- (Stadt-) Ausschuß entscheiden und bei Ablehnung derselben dem Antragsteller das Recht auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren zustehen soll.

Abg. Drawe rechtfertigt diesen Antrag, welcher den Zweck hat, die Selbstverwaltungs-Organe bei Entscheidung über die Anträge auf Erlaß der Grundsteuer heranzuziehen und diese Entscheidung nicht in die Hände des Finanzministers allein zu legen.

Die Abgg. Conrad (kons.), Dr. Ritter und v. Rauchhaupt erklären sich gegen diesen Antrag, ebenso Geheimrath Gaup, welcher bemerkt, daß der Finanzminister es an der nothwendigen Sorgfalt bei Ermittelung des Nothstandes nicht werde fehlen lassen.

Abg. Dr. Eberty (deutschf.) meint, daß es weit zweckmäßiger sei, die lokalen Instanzen über die erforderlichen Thatsachen entscheiden zu lassen.

Der Antrag Drawe wird abgelehnt, der Gesetzentwurf nach den Kommissionsvorschlägen angenommen.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Novelle zu dem Gesetzentwurfe betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Hebung der wirthschaftlichen Lage in den nothleidenden Theilen des Regierungsbezirks Oppeln.

Nach diesem Entwurfe sollen bis zum Gesammtbetrage von zwei Millionen Mark Beihülfen zu Flußregulirungen an öffentliche Wassergenossenschaften, Deichgenossenschaften und Kommunalverbände gewährt werden können.

Die Kommission empfiehlt Annahme des Gesetzentwurfs mit dem Zusatze, daß außer den 2 Millionen noch bis zum Betrage von 200,000 Mark Beihülfen zu Folgeeinrichtungen (Zusammenlegungen und Separationen ꝛc.) gewährt werden können.

Nachdem Abg. v. Schalscha (Zentr.) die Maßregeln der Regierung bezüglich der Verhütung der Wasserschäden eingehend kritisirt und behauptet, daß sie sich damit auf dem „Holzwege" befinde, befürwortet Abg. Dr. Ritter die Annahme der Kommissionsvorschläge mit der Bitte an die Regierung, ihr Augenmerk ganz besonders auf die Weichselregulirung richten zu wollen.

Abg. Schulz-Lupitz (freik.) spricht sich ebenfalls für die Kommissions-Vorschläge aus, welche demnächst vom Hause angenommen werden.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

Tagesordnung: Stempelsteuernovelle, Wahlprüfungen, Petitionen.

Schluß 2¼ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 27. März. Die kaiserlichen Majestäten empfingen gestern Nachmittag den Oberst-Jägermeister Fürsten von Pleß und den Grafen zu Fürstenberg-Stammheim, die auch zur kaiserlichen Frühstückstafel eingeladen wurden. Heute Nachmittag entsprechen die kaiserlichen Majestäten einer Einladung des großbritannischen Botschafters Lord Malet und Gemahlin zur Tafel.

— Wie der „Nat.-Ztg." mitgetheilt wird, fand gestern in einer kleinen französischen Stadt ein Duell zwischen dem Grafen Hoyos und dem bekannten Sportsmann Baltazzi statt. Letzterer trug tödtliche Wunden davon. Beide wurden bei Gelegenheit des Todes des Kronprinzen Rudolf viel genannt.

— Die „Vossische Zeitung" erörtert die auf Verstaatlichung der Reichsbank gerichteten Wünsche und gelangt zu dem Ergebnisse: „Die Verstaatlichung der Reichsbank wäre ein Schritt, welcher so große Gefahren für das gesammte deutsche Geld- und Zahlungswesen, für den Kredit der deutschen Banknote und für die Goldwährung in sich trägt, daß wir an die Geneigtheit der leitenden Männer, diesen Schritt zu thun, nicht glauben können. Wir finden in den veröffentlichten Worten der Anerkennung, welche der Kaiser über die Erfolge der Reichsbank ausgesprochen hat, die Gewähr, daß die heutige Organisation erhalten bleiben wird."

Inowrazlaw, 26. März. Zur Polonisirung deutscher Ortsnamen lesen wir im „Pos. Tgbl.": „In dem bei Duncker und Humblot erschienenen Quellenwerk: Handelsrechnungen des Deutsch-Ritterordens im Mittelalter" kommt unsere Stadt sehr häufig vor, und zwar regelmäßig mit der Benennung „Jung-Leßlau". Da in Geldsachen die Gemüthlichkeit bekanntlich aufhört, so wird man nicht den Einwand machen dürfen, daß die Ordensritter willkürlich den Ort so genannt hätten, sondern er muß allgemein so geheißen haben. Ja die Polen selbst nannten die Stadt im Mittelalter nie anders als Junivladislavia. Unsere Stadt ist eben, wie so manche andere Stadt in Polen, im Mittelalter von deutschen Bürgern gegründet worden, und da sie auch jetzt eine überwiegend deutsche Bevölkerung hat, da Bildung und Besitz in ihr sich fast ausschließlich in deutschen Händen befinden, so wäre es wohl an der Zeit, den alten, allein berechtigten Namen Jung-Leßlau wieder aufzunehmen und die häßliche Bezeichnung Inowrazlaw verdienter Maßen in das Grab der Vergessenheit zu versenken."

Wiesbaden, 27. März. Die Kaiserin von Oesterreich trifft bestimmt nach Ostern hier ein. Sie wünscht sich unbedingt einer Wiesbadener Kur zu unterziehen. Ihre Bemühungen, eine einsam gelegene Villa zu erlangen, werden eifrig fortgesetzt.

Ausland.

Wien, 27. März. Obwohl Szilagyi gestern gegen § 25 stimmte, steht seine Ernennung zum Justizminister unmittelbar bevor. Diese Ernennung bedeutet die Verstärkung des Kabinets nach der demokratischen Seite, wie die Ernennung des Grafen Szapary die Verstärkung desselben nach Seite des reichen Hochadels.

Man hält hier den Tod des Königs von Holland für ganz nahe bevorstehend.

Amsterdam, 26. März. Nach dem heutigen Beschluß des Ministerraths über die Regierungsunfähigkeit des Königs darf man voraussichtlich noch in dieser Woche der Einberufung der Generalstaaten in vereinigter Sitzung entgegensehen. Wird auch dort die Frage, ob der König außer Stande ist, die Regierung zu führen, in bejahendem Sinn beantwortet, dann tritt alsbald nach der Veröffentlichung des Beschlusses der Staatsrath mit königlicher Machtvollkommenheit auf, aber innerhalb eines Monats muß derselbe, wie bereits gemeldet worden ist, der Volksvertretung die nöthige Vorlage zur Ernennung eines Regenten machen. Es scheint indessen jedenfalls die Absicht vorzuliegen, die Vorlage selbst so lange als möglich aufzuschieben und auch in dem Falle, wenn dieselbe die Kammern wirklich erreicht hat, die Behandlung derselben nicht sobald auf die Tagesordnung zu setzen, um die der Ernennung eines Regenten oder einer Regentin entgegenstehenden Schwierigkeiten zu vermeiden. Unter Umständen würde dann also der Staatsrath geraume Zeit an der Stelle des Königs die Regierung führen, es sei denn, daß der Tod desselben früher eintreten sollte als man annimmt.

Im Norden und Osten des Landes sind wieder Ausstände ausgebrochen; auch in den Veenbezirken beginnt es wieder unruhig zu werden, weshalb aus Deventer eine Abtheilung Infanterie von 108 Mann unter Anführung eines Hauptmanns nach den friesischen Veenen abgegangen ist; außerdem stehen einige Schwadronen Husaren bereit, um nöthigenfalls alsbald folgen zu können.

Die englische Regierung hat die Einfuhr lebenden Viehs aus den Niederlanden zur großen Freude der Viehzüchter wieder gestattet, sie hat aber zugleich die Einfuhr deutscher Schafe verboten, weil bei der letzten Anfuhr bei einigen Thieren das Vorhandensein von Maul- und Klauenseuche festgestellt worden ist. Da die englische Regierung schon einmal ein früheres Verbot der Einfuhr niederländischen Viehs mit dem Hinweis auf die freie und ungehinderte Durchfuhr von deutschem kranken Vieh über niederländische Häfen rechtfertigte, so darf man in Bälde dem Drängen der hiesigen Viehhändler entgegensehen, die Regierung zur Ausfertigung eines Einfuhrverbots gegen Deutschland zu bestimmen. In verschiedenen Blättern sind die niederländischen Viehzüchter und Viehhändler wiederholt und dringend aufgefordert worden, die mit großer Mühe von der englischen Regierung erhaltene Vergünstigung nicht durch Mangel an Vorsicht wieder aufs Spiel zu setzen.

Paris, 27. März. Die französische Geistlichkeit betreibt ganz entschieden die Agitation für die Wiederherstellung des Kirchenstaates, ohne sich dadurch irre machen und erschrecken zu lassen, daß dies nicht ohne Krieg mit Italien und Vernichtung des Einheitsstaates auf der Appeninenhalbinsel geschehen kann. Frankreich soll dazu die Waffen leihen. Boulanger hat halb und halb versprochen, der Geistlichkeit gefällig zu sein, der Graf von Paris aber ist ein so frommer Herr, daß man sich nicht wundern darf, wenn die Kirche auf diesen Fels im modernen Meere der Gottlosigkeit in Europa ihre Herstellung als weltliche Macht baut. Wie unter Beisein von Senatoren und Deputirten unlängst der katholische Studentenverein in Paris diese Forderung zum Beschlusse erhob, so jetzt die „katholische Provinzialversammlung des Poitou", die dieser Tage in Poitiers tagte und in Sektionen für Ackerland, Handel und Industrie abgetheilt war. Am 25. März hatte sie Generalversammlung und Redner v. Montvallier hielt unter stürmischem Beifall eine scharfe Kritik über die Allmacht des modernen Staates, worauf die Generalversammlung sich für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes aussprach und eine internationale Regelung der Arbeiterfrage verlangte, die natürlich nicht ohne die Weisheit der katholischen Geistlichkeit geregelt werden kann. Es ist nicht zu leugnen, daß Deutschland wegen Elsaß Lothringens von Frankreich jetzt minder stark bedroht ist als Italien wegen des Kirchenstaates, nicht von dem Frankreich der Republik, wohl aber von dem Frankreich, das jetzt von der Geistlichkeit mit Hülfe eines Diktators oder der Restauration angebahnt wird und kommen kann „wie ein Dieb in der Nacht". Die „Republique Française", die von der Regierung endlich Thaten verlangt, schreibt: „Naquet und Boulanger haben in Tours ganz entschieden das Bündniß der Geistlichkeit gegen die republikanischen Einrichtungen ausgesprochen. Das „Journal de Rennes", ein Hauptorgan der Monarchisten des westlichen Frankreichs, macht darauf aufmerksam, daß Boulanger, Laguerre und Genossen in Rennes und Fougeres im vorigen Juli eine ganz andere Sprache führten. „Heute rufen sie: Zu Hülfe!, weil sie fühlen, daß die katholische Partei schwer ins Gewicht fällt; sie wissen, daß alle Pfarrer, alle Mitglieder von religiösen Kongregationen in Paris den Namen Boulanger in die Urne werfen. . . . . Wenn wir für Boulanger stimmen, so geschieht es aus Haß gegen die Opportunisten, so geschieht es, weil der General für uns der Besen ist, der sie ausfegen soll, der Widder, der uns Bresche machen soll, die Republik mit Sturm zu nehmen und sie durch die christliche Monarchie zu ersetzen."

Der leitende boulangistische Ausschuß hat jüngst über die Wahlkandidaturen berathen. Bis jetzt sind ihm bereits 150 Wahlsitze angetragen, von denen aber nur ungefähr 60 durch Leute von persönlichem Einfluß verbürgt werden. Endgültige Beschlüsse wird der Ausschuß erst nach der Abstimmung über das Wahlgesetz fassen, er hofft offenbar die letztere dadurch beeinflussen zu können, daß er verbreiten läßt, die Kandidaturen derjenigen Deputirten, welche gegen Aenderungen des Wahlgesetzes eintreten, würden von den Boulangisten nicht bekämpft werden. Die Auswahl

der Kandidaturen für Boulanger selbst hängt von dem Beschluß der Kammer über die mehrfache Kandidatur ab, es scheint aber, daß er auf alle Fälle im 11. Pariser Bezirk Floquet entgegen treten soll. Der leitende Ausschuß entfaltet jetzt große Rührigkeit, demnächst veranstaltet er hier im Wagram-Saale ein Bankett von 2000 Gedecken, an dem alle Mitglieder der revisionistischen Ausschüsse im Seine-Departement theilnehmen sollen.

Der Vizeadmiral Duperre gab gestern auf der Marinepräfektur zu Ehren des um 3 Uhr in Toulon eingetroffenen russischen Großfürsten Alexander ein Festmahl, an dem der Oberbefehlshaber des französischen Mittelmeergeschwaders und alle Spitzen der verschiedenen Seebehörden theilnahmen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 29. März. Selten hat eine Stadtverordneten-Sitzung so viel wichtige Vorlagen geboten, als die gestrige, es erschien fast zu viel für eine Sitzung. Am weitgehendsten war die Vorlage über das Projekt für den Schlachthof, über welche Herr Cohn referirte. Wir haben über das Projekt bereits eingehend berichtet und können uns heute auf die Wiedergabe der gestrigen Debatte beschränken, ohne auf die Ausführungen des Referenten über die Vorgeschichte der Schlachthausfrage und über das Projekt selbst noch einmal näher einzugehen. Die Bau-Deputation hat nochmals in Erwägung gegeben, ob es sich nicht empfehle, den Bau nicht auf dem sumpfigen Terrain der Möllnwiesen, sondern auf dem trocknen städtischen Terrain an der Galgwiese auszuführen. Der Werth des Terrains der Möllnwiesen, in der Nähe der Oder und dem Bahnhofe, steige fortwährend und könne leicht zu Handelszwecken verwerthet werden. Würde man das Terrain an der Galgwiese wählen, so würden schon die Kosten für Pfahlroste mit 441,500 Mark in Wegfall kommen, es würden zwar für Abtragung des Hügels und für Ausfüllung des tiefen Terrains der Galgwiese Kosten erwachsen, aber die Ersparniß würde immer noch mindestens 150,000 Mark betragen. Weiter wird ausgeführt, daß eine bequeme Bahnverbindung nach dem Pommerensdorfer Bahnhof leicht möglich sei und auch im Uebrigem der Ausführung des Baues kein Hinderniß entgegen stände. Der Magistrat hat sich dem Vorschlage der Bau Deputation nicht angeschlossen, indem er wesentliche Bedenken gegen den Bau des Schlachthofes an der Galgwiese hervorhebt. Zunächst fehle die Verbindung mit dem Wasser, wie solche in so bequemer Weise an den Möllnwiesen geboten wird, auch eine Bahnverbindung sei noch nicht vorhanden und wolle man nun solche herstellen, so müsse die Stadt die sehr bedeutenden Kosten für eine solche selbst tragen. Auch die Nähe des Kirchhofes spreche in sanitärer Beziehung wenig für die Anlage in dieser Gegend und auch bei einer etwa später in Aussicht zu nehmenden Herstellung eines Viehhofes fehle es dort an Terrain, um eine solche in Verbindung mit dem Schlachthofe herzustellen. — Der Magistrat empfiehlt also an dem Projekt für den Bau des Viehhofes an den Möllnwiesen festzuhalten.

Noch gestern ist zu der Vorlage eine Eingabe von einer Anzahl kaufmännischer Firmen eingegangen, in welcher ersucht wird, den Beschluß über das Projekt noch zu vertagen, da das Terrain an den Möllnwiesen sich am besten zur Errichtung eines Freihafens oder für den Handelszweck anwenden ließe und für den Schlachthof wohl ein anderes Terrain sich finden werde. — Der Referent hält die Bedenken der Petenten nicht für so tiefgehend, daß man das Projekt könne, er bittet deshalb aufgeben die Petition dadurch zu erledigen, daß die Versammlung den Antrag der Finanz-Kommission annehme.

Herr Lenz beantragt, den endgültigen Beschluß über das Terrain, auf welchem der Schlachthof zu erbauen sei, noch auszusetzen und nochmals zu prüfen, ob sich nicht ein anderes geeignetes Terrain als das der Möllnwiesen finde und die Möllnwiesen für Handelsinteressen reservirt zu halten. Das vorgeschlagene Terrain weise wohl einige Bedenken auf, aber so groß seien dieselben nicht, als angenommen werde, z. B. könne die Stadt nie zu den Kosten für die Vergrößerung des Pommerensdorfer Bahnhofes herangezogen werden, denn wenn der Bahnhof für den Verkehr nicht mehr ausreicht, so sei die Bahndirektion verpflichtet, Abhülfe zu schaffen. — Als Hauptgrund für die von ihm beantragte Aussetzung der Beschlußfassung führt Redner an, daß es noch genauer festgestellt werden müsse, ob das Terrain an den Möllnwiesen nicht noch sehr nöthig für Hafenanlagen werde; da das Projekt für die erweiterte Hafenanlage noch schwebe, so müsse die Beschlußfassung der Platzfrage für den Schlachthof noch ausgesetzt werden, bis dieses Projekt ausgearbeitet ist.

Herr Graßmann hält es der Versammlung für unwürdig, daß der gedruckte Entwurf des Projekts den Mitgliedern der Versammlung erst am Sonnabend zugegangen ist und wenige Tage später schon die Berathung über eine so wichtige Vorlage vorgenommen werden solle. Weiter mache es den Redner stutzig, daß die Bau-Deputation, welche in Bausachen zu prüfen habe, den Platz an der Galgwiese für geeigneter halte, während zwei Instanzen, der Magistrat und die Finanz-Kommission, welche doch gerade in Bausachen weniger kompetent seien, dem Vorschlage der Bau-Deputation nicht zustimmen. Redner erinnert sodann daran, daß das Projekt nicht die Sicherheit biete, daß bei einem großen Hochwasser einer Ueberschwemmung der Möllnwiesen und damit des Schlachthofes vorgebeugt würde. Das Projekt entspreche auch nicht der heutigen Zeit, da nicht Bedacht genommen sei auf die Bedürfnisse der Vorstädte. Vom sanitären Standpunkte sei ferner der Platz an den Möllnwiesen wenig geeignet, da der sumpfige Boden dort schon an und für sich ein Herd für ungesunde Dünste. Der Redner hält das Projekt noch nicht für genügend geprüft und bittet deshalb, eine definitive Beschlußfassung noch auszusetzen.

Herr Meier schließt sich dem von Herrn Lenz gestellten Vertagungsantrag an. Derselbe erinnert daran, daß der Herr Baurath vor einigen Jahren erklärt habe, der günstigste Ort für einen Schlachthofbau sei derjenige, welcher hoch, luftig und trocken liege. Es müsse daher verwundern, daß die Stadt Stettin ihren Schlachthof an einer Stelle erbauen will, welche diese Eigenschaften durchaus nicht habe, im Gegentheil am tiefsten und sumpfigsten liege. Redner hebt hervor, daß ein Projekt schwebe wegen Anlage einer Bahn über Grabow, der Herr Oberpräsident soll sich diesem Unternehmen gegenüber günstig ausgesprochen haben und in der Nähe dieser Bahn sei vielleicht ein geeigneter Platz zu finden. Er empfehle, die Beschlußfassung über die Platzfrage für den Schlachthof auszusetzen, bis das Hafen-Erweiterungs-Projekt und das erwähnte Bahnprojekt erledigt sei.

Herr Kurz beantragt, die Vorlage einer Spezial-Kommission zu überweisen, damit nochmals eine genaue Prüfung der verschiedenen bemängelten Punkte vorgenommen werden könne.

Der Vorsitzende, Herr Dr. Scharlau, entgegnet, daß bereits eine gemischte Kommission über alle die in Anregung gebrachten Bedenken eingehend berathen habe.

Herr Baurath Kruhl vertheidigt das Projekt des Baues auf den Möllnwiesen, da sich trotz eifrigen Suchens ein besserer Platz nicht finden lasse, denn die so viel als trocken gerühmte Galgwiese sei nichts anderes als Sumpf-Terrain und würde als Bau-Untergrund gleichfalls große Schwierigkeiten bieten. Ebenso sei das Projekt nach den aus allen Landestheilen gesammelten Erfahrungen entworfen und eine bessere Anlage sei kaum denkbar, da das Projekt auf das genaueste geprüft sei.

Herr Oberbürgermeister Haken tritt gleichfalls für das vom Magistrat vorgelegte Projekt in längerer Rede ein und bittet, alle kleinlichen Interessen schwinden zu lassen gegen das große allgemeine Interesse, welches das Projekt biete, über welches 7 Jahre sorgsam berathen sei.

Herr Kommerzienrath Haker suchte in längerer Rede die gegen das vom Magistrat vorgelegte Projekt vorgebrachten Bedenken zu widerlegen, und sieht keinen Grund, eine Vertagung zu beschließen, er bittet das Projekt unverändert anzunehmen.

Herr Domcke schließt sich dem Vertagungsantrag an, um den Mitgliedern, welche noch nicht genau orientirt sind, Gelegenheit zu geben, bis zur nächsten Sitzung die Pläne einzusehen.

Herr Graßmann erinnert daran, daß früher stets die Baupläne längere Zeit vor der Berathung in einem besonderen Saale zur Einsicht ausgelegen haben, er bedauert, daß dies nicht noch heute geschieht, besonders bei einer so wichtigen Vorlage, als das Schlachthof Projekt. Redner plädirt sodann nochmals in längerer Rede für Vertagung und nochmalige Prüfung des Projekts

Herr Decker hält das Projekt für sehr gut, nur die Baugegend erscheint ihm ungünstig, der Baugrund sei sumpfig und für ein Schlachthaus gänzlich unbrauchbar, denn die erste Bedingung für ein solches sei ein trockener Fußboden, ein solcher werde sich aber bei einem Bau auf den Möllnwiesen nie erzielen lassen. Im Gegentheil es sei zweifellos, daß bald eine gänzliche Verpestung des Fußbodens eintrete. Redner bemängelt die ungünstige Verbindung der Möllnwiesen mit der Stadt, es sei nur die Verbindung über die Baumbrücke vorhanden, denn die Langebrücke sei schon durch den Handelsverkehr überlastet. Redner schließt sich dem Vertagungsantrag des Herrn Lenz an.

Herr Baurath Kruhl sucht die Bedenken des Herrn Decker zu widerlegen.

An der weiteren Debatte betheiligen sich noch die Herren Hoffrichter, Decker, Lenz, Aron, Oberbürgermeister Haken und Baurath Kruhl; Herr Aron bewegte sich dabei in Redensarten, welche den Unwillen der Versammlung erregten. Nachdem obige Redner gesprochen, wurde ein zwei Mal gestellter Schlußantrag angenommen.

Bei der Abstimmung wurde das vom Magistrat vorgelegte Projekt angenommen.

Von dem Zentral-Ausschuß für den 16. deutschen Gastwirthstag, welcher vom 18. bis 24. Juni d. J. in unserer Stadt tagen wird, ist das Gesuch um Bewilligung einer Beihülfe von 1000 Mark an die Versammlung gelangt, nachdem sich der Magistrat bereits zwei Mal einem gleichen Gesuch gegenüber ablehnend verhalten hat. Wie die Antragsteller ausführen, soll die erbetene Summe dazu verwendet werden, um zu der in Verbindung mit dem Gastwirthstage zu veranstaltenden Fach-Ausstellung für hervorragende Leistungen ehrenvolle Anerkennungen zu gewähren und den Ausstellern geeignete, die Stadt Stettin ehrende Ausstellungsräume zu überweisen. Zur Begründung ihres Gesuches heben die Antragsteller hervor, daß überall, wo bis jetzt derartige Ausstellungen und Verbandstage stattgefunden haben, die königlichen und städtischen Behörden es an reicher finanzieller und moralischer Unterstützung nicht haben fehlen lassen. Weiter wird hervorgehoben, daß die Gewerbeklasse C., welche sich aus der Gastwirthschaft zusammensetzt, der Stadt und den Staat seit Jahren ohne Berechnung der Kommunal- und Einkommensteuer eine Gewerbesteuer inkl. Zuschlag von 40—45,000 Mark pro Jahr einbringe und die Gastwirthe somit eine der höchstbesteuerten Gewerbeklassen bilden, da eine annähernde Gewerbesteuerquote nur von den Großkaufleuten und Industriellen der ganzen Provinz Pommern in Klasse I A. aufgebracht werde. Weiter wird darauf hingewiesen, daß durch die geplante Fachgewerbe-Ausstellung und den hier tagenden Gastwirthstag ein ganz bedeutender Fremdenverkehr hergezogen werde und den hiesigen Gewerbetreibenden hierdurch lohnende Geschäftstage in Aussicht ständen. Die Antragsteller erinnern sodann daran, daß, um Stettins Handel und Gewerbefleiß zu fördern und besonders den Fremdenverkehr zu heben, kürzlich dem deutschen Bienenzucht-Verein zu einer im September d. J. hier abzuhaltenden Ausstellung aus städtischen Mitteln eine Beihülfe von 1000 Mark gewährt sei, obwohl dessen Mitglieder in unserer Stadt nur in verschwindend kleiner Zahl vertreten sind.

Herr Cohn, welcher über das Gesuch referirt, beantragt namens der Finanz-Kommission die Ablehnung der erbetenen Beihülfe, er hob aber hervor, daß die Ansichten in der Finanz-Kommission getheilter Meinung gewesen seien. Einige der Mitglieder hätten sich den in dem Gesuch ausgesprochenen Gründen für die Bewilligung angeschlossen, andere dagegen hätten ein öffentliches Interesse an der Ausstellung nicht finden können.

Herr Dr. König bittet, den Antrag der Finanz-Kommission abzulehnen, da der Gastwirthsstand in unserer Stadt einen gewichtigen Stand repräsentire, es würde in der Stadt jedenfalls einen mißlichen Eindruck machen, wenn das Gesuch abgelehnt würde, da früher für ähnliche Versammlungen stets Beihülfen bewilligt seien.

Herr Dir. Meier, welcher ähnliche Anträge stets warm befürwortet, tritt wiederum für das Gesuch des Gastwirths-Verbandes ein. Er weist auf den großen Fremdenzufluß hin, den die Jahresversammlungen des Gastwirths Verbandes stets nach sich ziehen.

Herr Graßmann schließt sich voll und ganz dem Vorredner an. Die Gastwirthe seien Hauptsteuerzahler, außerdem sei die Ausstellung der Gastwirthe von mindestens gleichem Interesse als die des Bienenzucht-Vereins, für dessen Zwecke kürzlich von der Versammlung 1000 M. bewilligt seien. Die Stadt würde sich ein Armuthszeugniß ausstellen, wenn sie die Beihülfe nicht bewilligen würde

Nach einem Schlußwort des Referenten, welcher nochmals für die Ablehnung der Beihülfe plaidirt, wird dieselbe bewilligt.

Nach der kalkulatorischen Prüfung ist der Etat im Ordinarium auf 5,794,916 Mark 96 Pf., im Extra-Ordinarium auf 1,227,674 Mark 33 Pf., im Ganzen auf 7,022,591 Mark 29 Pf. festgesetzt und wird seitens der Versammlung vollzogen.

Der Kaufmann Liskow, dessen Pachtkontrakt über den Platz zwischen Post und Rathhaus noch bis zum 1. Juli 1890 läuft, hatte der Stadt den Vorschlag gemacht, gegen eine Entschädigung von 4500 Mark gleich nach vollzogenem Ankauf des Platzes durch die Stadt von der ferneren Benutzung des Platzes abzustehen; der Magistrat hielt die geforderte Summe für zu hoch, bot aber eine Entschädigung von 2000 Mark, welche aber von Herrn Liskow als zu gering abgelehnt wurde. Nachdem nun in der Versammlung vom 7. d. M. der Ankauf des Platzes beschlossen ist, hat Herr Liskow sich bereit erklärt, sich mit den von der Stadt gebotenen 2000 Mark zufrieden zu geben. Die Versammlung nimmt dieses Anerbieten an.

Zum Schiedsmann für den 18. Bezirk wurde Herr Kohlenmesser Karl Schulz und für den 20. Bezirk Herr Rentier Wedehase gewählt, ferner zum Vorsteher der 18. Armen-Kommission Herr Lehrer emer. Hart; weiter fanden noch die Ersatzwahlen für mehrere Mitglieder und Stellvertreter der Sanitäts-Kommission statt.

Zu dem Verkauf des ehemaligen Försterei-Grundstücks „Blockhaus" für 7500 Mark an den Arbeiter Krause wird der Zuschlag ertheilt.

Die Berathung über das Schlachthaus-Projekt hatte sich so lange hingezogen, daß die Abstimmung darüber erst um 9 Uhr erfolgte; es war daher für die Berathung der übrigen theilweise wesentlichen Punkte der Tagesordnung schon zu spät und wurde die Berathung über diese Gegenstände vertagt.

— Dem Oberförster Goldmann zu Balster im Kreise Dramburg ist der Rothe Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

— Ueber den Zustand des Dampfers „Holsatia", welcher nach erfolgter Hebung an der grünen Fläche zu Swinemünde behufs Entlöschung, Reinigung und Reparatur angelegt hat, wird von dort geschrieben: Die „Holsatia" ist in ihren ganzen unteren Räumen mit schwerem Sand angefüllt, ungefähr 35 Mann sind bei den Arbeiten der Reinigung des Schiffes beschäftigt. Am 5. Februar cr. wurde mit dem Hebungswerk begonnen; wie bekannt, mißglückte dasselbe verschiedene Male und ist schließlich durch die zu Hülfe genommenen Prähme der hiesigen Hafenbau-Verwaltung hauptsächlich die Hebung gelungen. Im äußeren Ansehen hat das Schiff, theilweise durch die Hebungs-Versuche, ganz kolossal gelitten, die Planken und obere Schanzkleidung wurden durch die Ketten eingedrückt. Das ganze Deck, sowie zum großen Theil auch das Innere des Schiffes, welches total demolirt aussieht, gewährt einen sehr tristen Anblick. Masten und Schornstein sind wie wegrasirt, der offene Theil des Schornsteins wurde wasserdicht gemacht. Was noch gut erhalten zu sein scheint, das ist das Maschinenwerk der „Holsatia", letzteres aber muß in allen einzelnen Theilen vollständig gereinigt werden, ehe dasselbe wieder richtig funktioniren kann. Die bedeutenden Lecks der „Holsatia" zu beiden Seiten sind interimistisch verstopft worden, so daß sich der Schiffskörper durch sich selbst wieder auf dem Wasser selbstständig halten kann. Die an ihm nothdürftigsten Reparirungsarbeiten und Leichterungen dürften wohl noch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Die Kosten des Hebungswerkes werden sehr beträchtliche sein. An und für sich aber scheint das Schiff in seiner gegenwärtigen Gestalt nur noch geringen Werth zu repräsentiren. Die Hauptreparaturen an der „Holsatia" werden in Kiel gemacht werden.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Benefiz für Frl. Marietta Markan. „Silvana." — Bellevuetheater: „Die Journalisten."

Frieda Freiin von Bülow, Reiseskizzen und Tagebuchblätter aus Deutsch-Ostafrika. Berlin bei Walther & Apolant. Die Verfasserin bietet hier prächtige Bilder, welche sie von Land und Leuten entwirft, fein ausgeführte Landschaften von Sansibar und Dar-es Salaam, Portraits von Beamten der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft (Peters, von Bülow, von Gravenreuth 2c.), wie von Vertretern der arabischen, indischen, persischen und Neger-Bevölkerung, dazwischen anmuthig und mit gutem Humor erzählte kleine Erlebnisse aller Art. Die Verfasserin dieses liebenswürdigen Büchleins hat offenbar viel und gut beobachtet. [62]

Bankwesen.

(Böhmische Nordbahn 4 pCt. Gold-Prioritäten von 1882.) Die nächste Ziehung findet im April statt. Gegen den Koursverlust von ca. 3 pCt. bei der Ausloosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 4 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Bremen, 28. März. Im Chapala-See (Mexiko) sank ein Passagierdampfer; über 50 Personen ertranken, 20 Leichen sind gefunden. — Die englische Bark „Natal", mit 60 Personen an Bord, verunglückte auf der Fahrt von Kalkutta nach Natal.

Paris, 27. März. Der Spion Kilian, der kürzlich von dem Zuchtpolizeigericht in Nizza verurtheilt worden ist, starb in dem Gefängnisse zu Nimes, wo er seine Strafe verbüßte.

London, 28. März. Der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck hatte gestern eine Unterredung mit dem Premierminister Lord Salisbury und arbeitete vor und nach derselben mit dem deutschen Botschafter Grafen Hatzfeldt. Die Abreise des Staatssekretärs Grafen Herbert Bismarck wird erst Sonnabend erfolgen.

Petersburg, 28. März. Es verlautet, Archimandrit Paissi und Aschinow würden auf höheren Befehl nach Petersburg gebracht werden.

Wasserstand.

Oder bei Breslau, 25. März, 10 Uhr Vormittags, Oberpegel 5,58 Meter, Unterpegel + 2,46 Meter. Fällt. Glogau, 27. März, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 4,90 Meter. Fällt. Höchster Stand 4,92 Meter. Brieg, 27. März, 8 Uhr Vormittags, Oberpegel 5,56 Meter, Unterpegel 4,04 Meter. Steinau a. O., 27. März, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 4,34 Meter. Fällt. — Elbe bei Dresden, 27. März, + 2,16 Meter. Magdeburg, 27. März, + 4,20 Meter. — Warthe bei Posen, 26. März, Mittags 3,04 Meter.

Posen, 28. März. Die Ueberschwemmung innerhalb der Stadt gewinnt an Ausdehnung. Das Wasser der Warthe, deren Höhe gestern Abend 3,64 Meter betrug, ist gegenwärtig bereits auf 4,34 Meter gestiegen. In Pogorcelice betrug dieselbe gestern Nachmittag 5,30 Meter; in Folge Dammbruches bei Gonzorowo fiel die Warthe auf 4,70 Meter, doch wird jetzt wieder Steigen von Pogorcelice gemeldet.

Dirschau, 28. März. Gestern Abend trat hier starker Eisgang bei 3,76 Meter Wasserhöhe ein, heute Vormittag steht das Wasser 7,8[illegible] Meter hoch und ist in weiterem Steigen. Der Verlauf ist zwar bis jetzt ein normaler, doch ist der Dirschauer Mühlengraben durchbrochen und das Wasser ergießt sich in den Danziger Werder.

Graudenz, 28. März. Die Weichsel weist einen Höhestand von 7,18 Meter auf und steigt noch beständig. Plotzk meldet bei hohem Wasserstand andauerndes Wachsen. Die Niederungen in der Umgebung von Graudenz sind überschwemmt. Viele Familien sind bereits obdachlos geworden. Der Eisgang ist gefährlicher als im vorigen Jahre.